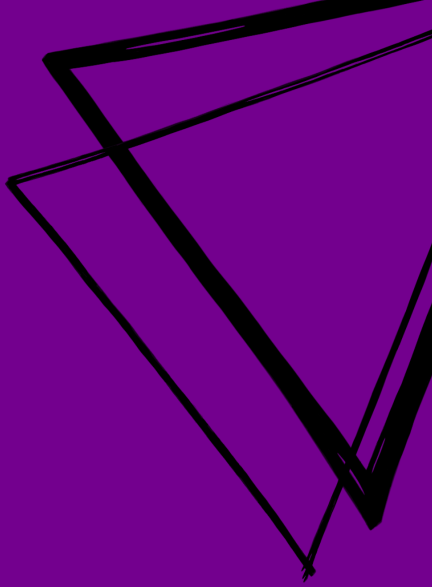
Bildung statt Bomben. Sorge statt Aufrüstung.



Für die Armee sollen zusätzliche Milliarden locker gemacht werden. Gleichzeitig kürzt der Bund Bildungsbeiträge und spart beim Klimaschutz, steht die Gesundheitsversorgung unter Spardruck und belasten steigende Krankenkassenprämien die Haushalte.

Immer wieder heisst es, wegen der Schuldenbremse müsse gespart werden. Doch Aufrüstung zu priorisieren, öffentliche Leistungen im Bildungsbereich zu kürzen und hohe Gewinne und grosse Vermögen zu schonen, sind politische Entscheidungen. Auch die Schuldenbremse ist kein Naturgesetz.

Wenn der Staat spart oder das nötige Geld nicht ausgibt, bezahlen andere – oft Frauen, Familien und junge Menschen in Ausbildung. Deshalb reicht aus feministischer Perspektive der Blick auf ein scheinbar ausgeglichenes Finanzergebnis nicht. Ein ausgeglichener Staatshaushalt zeigt nicht, wer am Ende die Kosten trägt. Er macht nicht sichtbar, wer höhere Gebühren und Prämien bezahlt; wessen Arbeitsbedingungen sich verschlechtern; wer die Lücken mit unbezahlter Arbeit füllen muss – und wer die Folgen der Klimakrise morgen tragen wird.

> **Sicherheit heisst für uns: Hilfe bekommen, wenn wir krank sind. Gute Bildung für alle – in der Lehre wie an der Hochschule. Schutz vor Gewalt. Genügend Zeit, um füreinander zu sorgen – unabhängig davon, wie viel Geld wir haben. Und eine Zukunft auf einem bewohnbaren Planeten.**

Wir fordern:

- **Gewaltschutz statt Aufrüstung:** Keine zusätzlichen Milliarden für die Armee, sondern mehr öffentliche Mittel für die Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und für den Schutz und die Unterstützung Betroffener.
- **Bildung für alle:** Keine Kürzungen der Bundesausgaben im Bildungsbereich und keine Erhöhung der Studiengebühren. Gute Ausbildungsbedingungen für Lernende – mit fairen Löhnen und genügend Zeit für Schule und Erholung.
- **Eine solidarisch finanzierte und für alle zugängliche Gesundheitsversorgung.**
- **Gute Kinderbetreuung und Pflege:** Ausreichende öffentliche Mittel für Angebote, die für alle zugänglich sind – mit genügend Personal, guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen.
- **Sorge für Mensch und Klima:** Keine Kürzungen beim Klimaschutz, sondern öffentliche Investitionen in eine klimagerechte Zukunft – sozial gerecht finanziert, damit nicht jene am meisten bezahlen, die am wenigsten haben.
- **Eine Finanzpolitik, die alle Kosten berücksichtigt:** Die Folgen für unbezahlte Arbeit und private Haushalte müssen in finanzpolitische Entscheide einfliessen. Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse, eine stärkere Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinnen, die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer sowie massiv mehr öffentliche Mittel für die gesamte Sorgearbeit, bezahlt wie unbezahlt.

Wir brauchen eine Finanzpolitik, die Bildung, Gesundheit, Sorgearbeit und Klimaschutz ausreichend finanziert.

Deshalb unterstützen wir den Jugendstreik gegen Sparpolitik und Militarisierung am 20. November.

Büro für Feminismus

buero-feminismus.ch